

1 **Raus aus der Grauzone! – Für Fairness statt Ausbeutung im Praktikum.**

2 Antragsentwurf für die Abteilung 12 (Prenzlauer Berg 2) der SPD Berlin.

3
4 **Die Kreisdelegiertenkonferenz möge beschließen:**

5 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

6 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

7
8 Die SPD stellt sich der weit verbreiteten Ausbeutung von Praktikanten und der Zweckentfremdung von
9 Praktikantenbeschäftigung zum Ersatz regulärer, sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse entgegen
10 und setzt sich für eine gesetzliche Regelung der Beschäftigung von Praktikanten ein, die die folgenden
11 verbindlichen Standards zum Inhalt hat:

- 12
13 1. Arbeitgeber und Praktikanten müssen Ziele und Bedingungen des Praktikums schriftlich vereinbaren und
14 es muss dem Praktikanten ein fester Ansprechpartner (Mentor) zugewiesen werden. In der vom
15 Praktikanten auszuübenden Tätigkeit muss der Erwerb von beruflichen Fertigkeiten, Kenntnissen,
16 Fähigkeiten oder beruflichen Erfahrungen gegenüber der Arbeitsleistung klar im Vordergrund stehen.
- 17 2. Praktika müssen zeitlich so begrenzt werden, dass Arbeitgeber keinen Anreiz mehr haben, reguläre
18 Stellen durch Praktikanten zu ersetzen. Bei einer Beschäftigung über 2 Monate hinaus ist davon
19 auszugehen, dass Arbeitsleistung erbracht wird, die der eines regulär Beschäftigten gleichkommt.
20 Praktikanten sollen daher maximal 2 Monate hintereinander beschäftigt werden dürfen.
- 21 3. Die Arbeit von Praktikanten muss entlohnt werden. Die Mindesthöhe der Entlohnung ist gestaffelt nach
22 Ausbildungsstand und Tätigkeit (Student/Auszubildender oder Hochschulabsolvent/ausgebildete
23 Fachkraft) des Praktikanten zu richten und muss bei Vollzeitbeschäftigung oberhalb des gesetzlich
24 festgelegten Existenzminimums liegen. Für Praktika von Hochschulabsolventen und ausgebildeten
25 Fachkräften muss die Sozialversicherungspflicht gewährleistet sein.

26
27 Begründung:

28 Im Wahlmanifest der SPD haben wir gegenüber den Wählern klargestellt: "Wir wollen Löhne, die Existenz
29 sichernd sind (...) Jeder Mensch muss die Möglichkeit zur Teilhabe an einer sozial abgesicherten Existenz
30 und sichernden Erwerbstätigkeit haben". In der Beschäftigung von Praktikanten werden diese Grundsätze
31 immer häufiger missachtet. Fast 40% der Praktikanten arbeiten neuesten Studien zufolge ohne jede
32 Vergütung, nicht wenige von ihnen sechs Monate und länger. In vielen Branchen ist die Ableistung eines
33 mehrmonatigen, un- oder unterbezahlten Praktikums für Berufseinsteiger mittlerweile praktisch unerlässlich
34 geworden, um sich eine noch so vage Einstellungsperspektive zu „erkaufen“. Dieser Zustand benachteiligt
35 alle, die sich eine solche „Investition“ nicht leisten können und läuft insgesamt dem sozialdemokratischen Ziel
36 der Chancengerechtigkeit am Arbeitsplatz zuwider. Dazu kommt, dass immer mehr Praktika keineswegs mit
37 einer realistischen Perspektive auf eine Übernahme des Praktikanten in reguläre Beschäftigung verbunden
38 sind, sondern im Gegenteil als Ersatz für sozialversicherungspflichtige Einstellungen missbraucht werden.

39
40 Da Berufseinsteiger und Arbeitssuchende bei der Vereinbarung ihrer Praktikumsbedingungen einem
41 Unterbietungswettbewerb ausgeliefert sind, ist die SPD gefordert, sich klar für die Einführung gesetzlicher
42 Standards zur Praktikantenbeschäftigung zu positionieren und sich gemeinsam mit Gewerkschaften und
43 Praktikanten-Initiativen auf allen Ebenen dafür einzusetzen. Der inhaltliche Kern dieser Regelungen muss
44 darin bestehen, die wirtschaftlichen Anreize für eine Verdrängung regulärer Beschäftigung durch
45 Praktikantenausbeutung auszuräumen. Es muss gesetzlich sichergestellt werden, dass es beim Praktikum
46 wirklich um Lernerfolg und Perspektivengewinn geht und nicht um die Ausnutzung von Arbeitssuchenden.

47
48
49
50 Antragsinitiatoren: L. Joachim, D. Roth; Mitarbeit an den Antrag: S. Koschut, S. Greulich, A. Edelmann